



CDU–Thesenpapier

Grundzüge einer neuen Politik

Einleitung

Seit den Bundestagswahlen 2017 sind inzwischen schon mehr als drei Monate vergangen. Eine Aufarbeitung des Ergebnisses hat bisher jedoch nicht in ausreichendem Maße stattgefunden. Insbesondere die Bundespartei hat sich bislang jeder Aufarbeitung entzogen und hat keinerlei Möglichkeiten eröffnet, um das negative CDU–Wahlergebnis (–3,5 Mio Wähler) mit der Basis kritisch und offen auszuwerten. Bis auf die Bemerkung unserer Bundesvorsitzenden Dr. Angela Merkel am Wahlabend, sie habe alles richtig gemacht, gab es keine Verlautbarungen der Bundes–CDU.

Der Stadtverband Freiberg hat unmittelbar nach der Bundestagswahl ein Thesenpapier (Freiberger Thesen) erarbeitet und zur Diskussion gestellt. Dies fand sowohl innerhalb der CDU als auch in der Öffentlichkeit breite Aufmerksamkeit.

Dafür gab es sehr viel Zustimmung und im geringen Maße Kritik.

Nach einem breiten Diskussionsprozess erfolgte eine umfassende Bearbeitung und Weiterentwicklung des Papiere. Der jetzt vorliegende Arbeitsstand spiegelt somit das Resultat des Diskussionsprozesses und die sich aus diesem ergebende Mehrheitsmeinung der am Diskurs beteiligten wider.

In diesem Thesenpapier werden ausschließlich die Punkte benannt, die unsererseits als kritisch gesehen werden und in der Vergangenheit seitens der verantwortlichen Bundes– und Landespolitiker nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Es sollen Leitlinien der Politik sein, die möglichst in praktisches Handeln umgesetzt werden sollen. Sie stellen nicht auf die aktuelle Gesetzgebung ab. Wo in Folge dieser Leitlinien Gesetze geändert werden müssen, ist das die Aufgabe der jeweiligen politischen Verantwortlichen.

1. Innerparteiliche Demokratie

- der Rücktritt von Dr. Angela Merkel vom CDU–Parteivorsitz ist nach wie vor notwendig, um den Weg für eine dringend notwendige Neuorientierung der CDU frei zu machen
- die innerparteiliche Demokratie, insbesondere die Ermöglichung eines innerparteilichen Diskurses ohne Tabus und Denkverbote für den innerparteilichen Meinungsbildungsprozess muss gewährleistet werden



- die Parteiführung muss die Basis in den politischen Willensbildungsprozess einbeziehen
- Generalsekretär Peter Tauber ist zeitnah durch einen neuen Generalsekretär zu ersetzen, der diesem Prozess der Neuorientierung offen gegenüber steht und diesen inhaltlich gestalten kann und vor allem will
- wir fordern die Durchführung einer Mitgliederbefragung zu möglichen Koalitionsoptionen und eine bindende Mitgliederabstimmung zu einem späteren Koalitionsvertrag
- es muss klar sein, mit welchem geeigneten Personal die Union ihre Ziele und Vorstellungen zukünftig umsetzen will
- hier gilt es auch zu betrachten, wer spätestens ab 2020 die Bundespartei als Kanzlerkandidat in den dann stattfindenden Wahlkampf führen soll – eine erneute Kandidatur von Angela Merkel bedeutet weiteren Stillstand und schadet unserem Land

2. Bundespolitik - inhaltliche Schwerpunkte eines zukünftigen Koalitionsvertrages

eine klare Positionierung ist notwendig, welche Bedingungen in einen Koalitionsvertrag einzubringen sind

2.1. Asyl

- klare Trennung zwischen der Gruppe tatsächlich politisch verfolgter Asylbewerber und der Vielzahl von Armuts- bzw. Wirtschaftsmigranten
- sofortiger Aufnahmestopp von Asylbewerbern, bis die derzeitigen Probleme gelöst sind (Ziel: gegebenenfalls Änderung des Grundgesetzes)
- schnellere und konsequente Bearbeitung von Asylanträgen
- sofortige und umfängliche Abschiebung aller Ausreisepflichtigen sowie von kriminellen Asylbewerbern in Verantwortung des Bundes
- sofortige Heimführung aller syrischen Flüchtlinge nach Beendigung des Krieges
- kein Familiennachzug von Angehörigen anerkannter oder geduldeter noch anderer Personen, welche im Zusammenhang mit einem gestellten Asylantrag nach Deutschland kommen und kamen
- grundsätzliche Durchsetzung von Burka- und Kopftuchverboten als Zeichen religiöser Überzeugung im öffentlichen Raum → wer unsere Kultur nicht akzeptiert, muss unser Land verlassen
- Integration muss eine zwingende Pflicht sein, wer keine Bereitschaft zeigt, sich zu integrieren, muss Deutschland verlassen



2.2. Innere Sicherheit

- klares Bekenntnis zur Unverletzlichkeit der deutschen Außengrenzen und damit einhergehende nachhaltige Sicherung dieser, bis die europäische Grenzsicherung funktioniert → Deutschland muss, mit eigenen Kräften jederzeit geeignete Grenzsicherungsmaßnahmen durchführen, so lange die europäische Grenzsicherung nicht funktioniert
- Stärkung der Polizei von Bund und Ländern bei der Verbrechensbekämpfung
- Verschärfung des Umgangs mit tatverdächtigten Personen – dem Eindruck in der Bevölkerung, dass begründet tatverdächtige Personen oftmals laufen gelassen und damit deren spätere Verurteilung unmöglich gemacht wird, muss durch strengere Handhabung der rechtlichen Möglichkeiten entgegen getreten werden
- unbegleitete Minderjährige Asylbewerber müssen unverzüglich nach der Registrierung auf die tatsächlich bestehende Minderjährigkeit hin untersucht werden – hierzu müssen die bestehenden medizinischen Verfahren angewendet werden
- bei jugendlichen ausländischen Intensivstraftätern muss eine Abschiebung unabhängig vom Alter erfolgen

2.3. Wirtschaft

- die Spirale der Sanktionspolitik gegen Russland muss zeitnah beendet werden, der Dialog mit Russland muss besonders im Interesse der ostdeutschen Wirtschaft eröffnet werden
- Schluss mit der für die deutsche Automobilindustrie schädlichen Debatte über den Verbrennungsmotor (wissenschaftlich-technischer Fortschritt muss auch hier anerkannt werden)
- keine weiteren Verschärfungen des Umweltrechtes, welches die wirtschaftliche Entwicklung erschwert oder behindert und dabei nur fragwürdige Erfolge im Gesamtkontext des weltweit zu betrachtenden Umweltschutzes erzielt
- Einrichtung eines flächendeckenden und insbesondere global betrachtet wettbewerbsfähigen Breitbandnetzes durch den Bund in der aktuellen Legislaturperiode
- Energiepolitik darf nicht nur die regenerativen Energien berücksichtigen, sondern auch Brückentechnologien wie Braunkohle



- die Weiterentwicklung der Kernkraft darf als Bestandteil künftiger Energiepolitik nicht ausgeschlossen sein

2.4. Gesundheitspolitik

- die Vielfalt des Krankenversicherungssystems ist beizubehalten
- konkurrierende Versicherungssysteme garantieren den Wettbewerb, verhindern eine Selbstbedienungsmentalität und schränken ausufernde Beitragssteigerungen ein
- die Bürgerversicherung als Zwangsversicherung für alle Bürger unseres Landes wird abgelehnt

3. Landespolitik

3.1. Ausrichtung der Sächsischen Union

- die Sächsische Union soll als bürgerlich-konservative Partei stärker profiliert werden
- dabei ist die Eigenständigkeit der politischen Richtungsbestimmung gegenüber der Bundespartei deutlicher herauszustellen
- die politische Ausrichtung der Sächsischen Union soll bodenständig, heimatverbunden, werte- und zukunftsorientiert sein
- die sächsische CDU muss sich wieder den Charakter einer Volkspartei erarbeiten, unter deren Dach alle Strömungen (u.a. Arbeitnehmer und Arbeitgeber; Liberale und Konservative; Menschen in urbanen und ländlichen Räumen) ihren Platz finden.
- hierbei soll wieder der Grundsatz gelten: die Sächsische Union muss DIE eine Volkspartei für Sachsen sein
- sie soll, insbesondere im Hinblick auf die Berliner Politik, mit einer klaren und bundesweit vernehmbaren Stimme sprechen und sich deutlich im Interesse Sachsens abheben
- es muss wieder der Wille vorherrschen, vorrangig deutsche und sächsische Interessen in das Zentrum einer politischen Neuausrichtung zu rücken
- der Vorsitzende der Sächsischen Union und sein Generalsekretär müssen den Schneid haben, sich bei Fehlentwicklungen auch klar im Interesse Sachsens und Deutschlands gegen die Berliner Politik zu positionieren
- alle CDU-Kreisgeschäftsführer sollen wieder durch den Landesverband finanziert werden, um die Wirkung der CDU in der Fläche zu garantieren



3.2. Landespolitik: Zukünftige Themen der Sächsischen Union

- bis Ende 2018 gilt es die wichtigen noch ausstehenden Aufgaben abzuarbeiten
 - hierbei sind zu nennen:

3.2.1. Bildung

- im Bereich der Vorschule stehen die Anerkennung von Vor- und Nachbereitungszeiten, Investitionen in die Kita-Infrastruktur sowie eine ausreichende Personalausstattung im Fokus
- eine Stärkung der Oberschulen mit den nötigen Investitionen sowie eine Entspannung im Bereich der personellen Ausstattung sind die Kernthemen im Schulsektor
- notwendige Maßnahmen zur Behebung des Lehrermangels haben dabei oberste Priorität
- das Modell der Gesamtschulen lehnen wir ab, jeder muss sein bevorzugtes Schulmodell frei wählen können
- eine Frühsexualisierung in Kindertagesstätten und Grundschulen soll es nicht geben
- im Bereich der Berufsschulen ist eine ausgewogene Netzplanung durch den Freistaat Sachsen vorzunehmen, welche die urbanen und ländlichen Räume gleichermaßen berücksichtigt

3.2.2. Infrastruktur

- es ist eine deutliche Forcierung der Erneuerung der sächsischen Infrastruktur nötig
- das betrifft sowohl den Ausbau und die Erneuerung des Straßennetzes als auch die Gewährleistung der Mobilität über das öffentliche Verkehrsnetz
- die Anbindung des ländlichen Raumes an die Mittel- und Oberzentren ist so zu gestalten, dass der öffentliche Personenverkehr eine echte Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellt
- der kommunale Straßenbau ist in gleicher Weise zu beschleunigen



- der Ausbau des Breitbandnetzes ist, solange sich der Bund nicht zur Durchführung der notwendigen Maßnahmen bekennt, durch den Freistaat Sachsen zu unterstützen
- die vorhandene Eisenbahninfrastruktur ist zu erhalten, und bei Bedarf zu modernisieren
- hier muss der Freistaat ebenfalls Einfluss nehmen

3.2.3. Innere Sicherheit

- die sächsische Polizei muss weiter personell und materiell aufgerüstet werden, um den Anforderungen beim Kampf für die innere Sicherheit und gegen die zunehmende Kriminalität gerecht werden zu können
- eine unbedingte Durchsetzung des Gewaltmonopols des Staates ist von Nöten, im Besonderen gegen linke und linksextreme Gegner der freiheitlich-demokratischen Grundordnung
- rechtsfreie Räume dürfen nicht zugelassen werden
- jedwede Ansätze von deren Entwicklung sind zu unterbinden
- politisch motivierte Gewalt von links und rechts ist zu bekämpfen
- Parteien und deren Vertreter dürfen in ihrer Arbeit nicht durch links oder rechts politisch motivierte Gewalttäter eingeschränkt werden

3.2.4. Pflege und Gesundheit

- Pflegeberufe sollen gestärkt und gefördert werden
- dies gilt ebenfalls für die Krankenhauslandschaft und deren personellen Ausstattung
- eine Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe kann durch gleiche Bezahlung in Ost und West erreicht werden

3.2.5. Verwaltungsmodernisierung

- beschleunigte Genehmigungsverfahren, Vereinfachung von Anträgen, Abbau von Bürokratie stehen hier auf der Tagesordnung
- als Grundsatz muss gelten, dass jede Verwaltung Dienstleister für den Bürger ist

3.2.6. weitere Stärkung des ländlichen Raumes



- eine Bildung von leistungsfähigen Mittelzentren, welche die Belange der Bürger im ländlichen Raum mit abdecken, ist anzustreben
- die Verkehrsverbindungen zwischen dem ländlichen Raum und den Mittelzentren sind dabei grundsätzlich zu überdenken und zu verbessern

Freiberg, 04.01.2018

Holger Reuter
Vorsitzender

Steve Johannes Ittershagen MdL
stv. Vorsitzender

Jörg Woidniok
Mitglied im Vorstand